

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 03.09.2008

**10. Anregung vom 22.04.2008, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 11, Flurstück 1496, Siefer Hof o. Nr., zu schaffen
Antragsteller: Toni Werheid, Häuschen 1, 51515 Kürten**

Der Petent ist anwesend, möchte aber nicht selbst vortragen.

Herr Sacher, Herr Sprenger und Herr Kreutz sprechen sich für eine Überweisung der Anregung in den Planungsausschuss (PLA) „ohne Priorität“ aus, damit die Angelegenheit dort besser von den Fachleuten im Rahmen der Strukturuntersuchung Herkenrath geprüft werden könne. Eine Zusage, dass der Anregung gefolgt würde, sei dies nicht.

Frau Schweizer äußert dagegen ihre Bedenken gegen weitere Baulandausweisungen. Schließlich müssten der demographische Wandel und damit der erwartete Bevölkerungsrückgang berücksichtigt werden. Über den „Flächennutzungsplan Südkreis“ werde sich einfach hinweggesetzt und das Stadtgebiet weiter zersiedelt. Man müsse doch eine einmal eingeschlagene Linie beibehalten. Manches würde ja, wie z.B. beim Porschezentrum, „ganz locker abgehandelt“. Auch die großen Parteien müssten endlich mal darüber nachdenken und einmal den Mut haben „Nein“ zu sagen. In wenigen Städten würde so einfach aus absolutem „Nicht-Bauland“ dann doch Bauland.

Herr Schmidt schließt sich dem an.

Herr Kamp gibt noch zu bedenken, ob durch eine Überweisung in den PLA nicht zu viele Hoffnungen geweckt würden. Auch andere Besitzer von Grundstücken, die an ein Baugebiet grenzen, würden dann alle einzeln Anträge nach § 24 GO stellen und die Verwaltung die Arbeiten nicht mehr bewältigen können.

Stadtbaurat Schmickler widerspricht den Ausführungen der FDP-Fraktion bezüglich des Porschezentrums. Dieser Bereich gehöre zum Siedlungsbereich des seit etwa 10 Jahren rechtskräftigen Gebietsentwicklungsplanes. Auf der Ebene der Region sei somit bereits eine Bauerwartung formuliert gewesen.

Zur Vorbereitung eines Stadtentwicklungskonzeptes, das wiederum der Vorbereitung eines neuen Flächennutzungsplanes diene, werde derzeit auf vielen Ebenen geprüft: es gebe standortorientierte Prüfungen (Baulandpotentialanalyse), qualitative (Wie sieht der Bedarf in Zukunft aus? Keine großen Einfamilienhaussiedlungen mehr!) und auch quantitative Untersuchungen zur Bedarfsbemessung (Wie viele Baulücken, Flächen im Innenbereich könnten erst noch genutzt werden?). Nach Abschluss dieser Untersuchungen müsse dann über die Bürgeranträge abschließend entschieden werden. Nach der Kommunalwahl werden die Entscheidungsgrundlagen voraussichtlich vorliegen. Bis dahin erfolge eine gewisse Priorisierung, welche Pläne

im Moment weitergeführt werden können und bei welchen noch abgewartet werden müsse.

Auch er befürchtet, dass durch die Verweisung in den PLA Hoffnungen geweckt würden.

Herr Dr. Bäumle-Courth weist sodann den Petenten ausdrücklich darauf hin, dass die Verweisung seines Anliegens in den PLA noch keine positive Entscheidung darstellt. Er erinnert noch daran, dass sich die Stadt an einem Landesprogramm zum nachhaltigen kommunalen Flächenmanagement beteilige und die Kommune sich damit auf die Fahnen geschrieben habe, die Versiegelung drastisch auf ein Viertel des bisherigen „Verhaltens“ herunterzufahren, so dass hier ein großer politischer Konsens da sei, noch behutsamer als früher mit der Ausweisung von Bauland umzugehen. Wenn es nach einer Strukturuntersuchung ein Gesamtkonzept gebe, dann würden sicher darin auch Bauflächen ausgewiesen, so dass nicht alle Grundstücksbesitzer einzeln Anträge auf Ausweisung von Bauland an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden stellen bräuchten.

Zum Porschebaugebiet weist er noch darauf hin, dass eine Ausweisung als allgemeiner Siedlungsbereich noch lange nicht heiße, dass auf jedem Stück des Gebietes gebaut werden müsse. Warum gerade an einer bestimmten Stelle gebaut werden soll, müsse durchaus erst noch im Einzelfall begründet werden.

Es ergeht dann folgender mehrheitlicher (mit den Stimmen von CDU und SPD und einer Enthaltung von BfBB) **Beschluss:**

Die Anregung wird in den Planungsausschuss überwiesen und für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden abgeschlossen.

Bergisch Gladbach, den 06.10.2008

Für die Richtigkeit



Schriftführung